

Schweigen die Kirchen oder erheben sie ihre Stimme?

Ein Manifest – zur Diskussion¹

Das intensive Engagement der Kirchen für die Konzernverantwortungsinitiative (KVI) im Herbst 2020 hat viele, teils sehr heftige Reaktionen in Gesellschaft und Kirchen ausgelöst, bis hin zu einer rechtlichen Abstimmungsbeschwerde. Das hat die Kirchen verunsichert, sodass sie sich oft nicht mehr getrauen, sich zu sozialpolitischen Fragen zu äussern, vor allem, wenn sie brisant sind. Dieser «Angstreflex» wird noch dadurch gefördert, dass die Kirchen in letzter Zeit oft vor allem mit sich selbst, ihren Strukturen und Finanzen beschäftigt sind und bei heiklen Themen um ihre immer weniger werdenden Mitglieder bangen.

Um dieses gefährliche Schweigen zu bekämpfen und die Kirchen zu mehr Äusserungsfreiheit zu ermutigen, seien hier einige grundlegende Perspektiven zum Thema «Kirche und Politik» zur Diskussion vorgelegt.

1. Das griechische Wort *polis* bezeichnet das *Stadtwesen*, und von dort her auch das *Staatswesen*. In diesem Sinne ist *Politik* die Gestaltung des Zusammenlebens im öffentlichen Raum. Da die Kirchen Teil der Zivilgesellschaft sind (in der Schweiz meistens als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt) *können sie gar nicht nichtpolitisch sein*. Sie sind es auch, wenn sie behaupten, Kirche habe nichts mit Politik zu tun, oder wenn sie sich auf ihren sogenannten Kernauftrag konzentrieren wollen. Wie die Kommunikationstheorie gezeigt hat, ist Nichtssagen keine vermeintliche Neutralität, sondern ebenfalls eine Kommunikation («Es ist uns recht, so wie es ist»; «Wir lassen doch lieber andere machen»; «Wir sind jetzt mit Wichtigerem befasst»; usw.).
Dass die Kirchen gar nicht nichtpolitisch sein können, hat damit zu tun, dass ihr Kernauftrag, die Verkündigung und Bezeugung des Evangeliums in vielfältigen Formen (Gottesdienst, Predigt, Unterricht, Seelsorge, Diakonie usw.) immer schon *gesellschaftsrelevant* ist.
2. Freilich muss gleich betont werden, dass es nicht darum geht, das Politische religiös zu besetzen; in den modernen demokratischen Rechtsstaaten vollzieht sich die politische Verantwortung in einem säkularen Raum, der auch säkular bleiben muss. Darin haben die Kirchen eine Stimme zu vertreten, eine Stimme unter anderen, aber auch eine Stimme mit anderen, wenn es zu Bündnissen kommen kann (so etwa die kirchlich verwurzelten NGOs mit anderen NGOs zusammen bei der Lancierung der KVI).
3. Als Erste tragen die Christinnen und Christen in ihrem freien Gewissen die Verantwortung, aus ihrer Glaubensmotivation heraus ihre politischen Aufgaben als Bürgerinnen und Bürger wahrzunehmen. Die Kirchen können ihnen diese bürgerliche Verantwortung nicht abnehmen, sondern sie ihnen immer wieder bewusst machen. Sie unterstützen sie bei der Wahrnehmung dieser Verantwortung, indem sie ihnen Orte des Austausches anbieten, in denen die sozialpolitischen Implikationen des Evangeliums erörtert werden können. Kirchen sorgen dafür, dass ihre Mitglieder in ihrer unterschiedlichen Art, politische Verantwortung wahrzunehmen, möglichst fruchtbar miteinander ins Gespräch kommen, ohne sich vor Auseinandersetzungen zu scheuen, denn zur Demokratie gehört eine gesunde Konfliktkultur. Damit verbindet sich kein Urteil über bessere und schlechtere Christinnen und Christen; schlechte Christinnen und Christen sind höchstens solche, die ihre politischen Aufgaben vernachlässigen und sich aus Gleichgültigkeit ihrer Stimme enthalten.

¹ Überarbeitete Fassung eines Textes, der unter dem Titel «Gegen das Schweigen der Kirchen» in der Zeitschrift *Neue Wege*, 116. Jahrgang, Nr. 9.2022, S. 27-29, erschienen ist.

4. Diese politische (Meinungs-)Bildungsarbeit soll nicht nur nach innen geschehen: Die Mitglieder sollten dabei anderen Menschen, mit anderen Meinungen, begegnen, Mitgliedern anderer Kirchen, aber auch Kirchenfernen, Konfessionslosen. Die Kirchen sorgen auch dafür, dass ihre Mitglieder einen möglichst kritischen Umgang mit den meinungsbildenden Kommunikationsmitteln (Presse, Radio, Fernsehen, Internet) pflegen.
5. In diesem Sinne sind Kirchen keine politischen Parteien und geben keine Parolen heraus, die ihre Mitglieder befolgen sollten. Sie greifen also auch nicht in das parteipolitische Tagesgeschäft ein.
6. Es gibt jedoch politische Entscheidungen, die nicht einfach parteipolitischer Natur sind, sondern eine tiefere Relevanz haben, in Hinsicht auf Grundwerte und Grundnormen, welche die Auffassung des Zusammenlebens überhaupt betreffen (das war bei der Abstimmung über die KVI der Fall). Bei solchen grundsätzlichen Fragen sind die Kirchen *substanziell betroffen* und haben deshalb ihre Stimme hören zu lassen. Es liegt dann in ihrer Verantwortung, genau zu überlegen, wo, wann, wie, in welchem Ausmass, mit welcher Intensität und mit welchen Mitteln (etwa mit Fahnen an Kirchtürmen!) sie das jeweils tun wollen. Sie sollten sich dabei nicht mit finanziellen Argumenten unter Druck setzen lassen; anvertrautes Geld darf verantwortlich gebraucht werden.
7. Als kritischer Massstab kann folgende Regel gelten: Wenn das gesellschaftlich-politische Zusammenleben als solches gefährdet ist, dürfen die Kirchen nicht bei ihrer Bildungsarbeit bleiben, sondern müssen als Institution Stellung beziehen, die Probleme beim Namen nennen und ihre theologisch-politische Überzeugung zum Ausdruck bringen. Sie sind also genau dann besonders gefragt, wenn es heikel wird. Wer hier als «die Kirche» spricht, ist dann klar zu bestimmen; es darf nicht verallgemeinernd in Anspruch genommen werden, sondern muss von Fall zu Fall als konkrete Instanz in konkreter Situation bezeichnet werden («wir, die Bischofskonferenz...», «wir, der Kirchenrat von...», «wir, die Kirchgemeinde von...», «wir, die ökumenische Gruppe für...», usw.).
8. Um diesen kritischen Massstab zu konkretisieren, seien hier einige Beispiele angegeben.
 - a) Kirchliche Stellungnahmen sind gefragt, wenn die demokratischen Prinzipien hintergangen werden, weil andere Interessen, etwa wirtschaftliche, die sozialpolitischen Prozesse dominieren und den Machtverhältnissen zu freien Spielraum lassen. Alle sind sich einig, dass das Recht und die Ethik, die Verpflichtung zu einem gerechten Handeln immer wieder vernachlässigt werden; und dazu schweigen die Kirchen.
 - b) Kirchliche Stellungnahmen sind gefragt, wenn mit der Wahrheit unehrlich umgegangen wird und Politikerinnen und Politiker die Bevölkerung bewusst anlügen, ihr falsche Verheissungen vorspielen; und dazu schweigen die Kirchen.
 - c) Kirchliche Stellungnahmen sind gefragt, wenn politische Entscheidungen menschliche Grundrechte verletzen. Was demokratisch entschieden wird, ist noch lange nicht menschenrechtskonform. Im Asylrecht hat sich die Schweiz seit Jahren mit Menschenrechtsverletzungen arrangiert; und dazu schweigen die Kirchen. Alle sind sich einig, dass an den Aussengrenzen Europas schlimme Menschenrechtsverletzungen stattfinden, und trotzdem wird die schweizerische Finanzierung von Frontex mit einer Dreiviertelmehrheit bedingungslos «abgesegnet»; und dazu schweigen die Kirchen. Menschenrechte sind nicht verhandelbar, und dazu sollten die Kirchen bedingungslos stehen.
 - d) Kirchliche Stellungnahmen sind gefragt, wenn politische Entscheidungen Umweltzerstörung ignorieren oder bewusst in Kauf nehmen, anstatt sie aktiv zu bekämpfen. Junge umweltbewusste Aktivist:innen werden wegen ihrer harmlosen Aktionen rechtlich bestraft, während Banken und Versicherungskassen ihre Finanzierung von umweltschädlichen Rohstoffen unbestraft fortführen dürfen; und dazu schweigen die Kirchen.

e) Kirchliche Stellungnahmen sind gefragt, wenn das sozialpolitische und wirtschaftliche Gefälle zwischen der Nord- und der Südhemisphäre ignoriert, toleriert oder sogar verschärft wird, etwa indem weiterhin von den Konzernen keine rechtlich verpflichtende Verantwortung erfordert wird; und dazu schweigen die Kirchen.

f) Kirchliche Stellungnahmen sind gefragt, wenn schwache, kleine, recht- und stimmlose Menschen ausgegrenzt werden. Indem die Kirchen für die Schwächsten Partei ergreifen, ihre Würde verteidigen und für sie eintreten, handeln sie parteipolitisch unabhängig. Hingegen handeln sie verfassungskonform, im Bewusstsein, «dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen» (Präambel). Noch klarer ist die französische Fassung: «que la force de la communauté se mesure au bien-être du plus faible de ses membres» (dass die Stärke der Gemeinschaft sich misst am Wohl des Schwächsten ihrer Mitglieder).

9. In solchen Fällen müssen die Kirchen ein *prophetisches Wächteramt* ausüben – nicht aus hoher Warte, sondern im kritischen Gespräch mit den staatlichen Behörden –, indem sie «in der Ausrichtung aller Lebensbereiche am Evangelium [...] für die Würde des Menschen, die Ehrfurcht vor dem Leben und die Bewahrung der Schöpfung» eintreten (Kirchenordnung der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich, 2009, Art. 4,2). Ergänzend: «Die Landeskirche nimmt das prophetische Wächteramt auch in ihrem diakonischen und seelsorgerlichen Handeln wahr. Sie benennt Ursachen von Unrecht und Leid. Sie wirkt mit beim Suchen von Lösungen und stellt sich in den Dienst der Vermittlung» (a. a. O., Art. 65,4).
10. Ähnlich verpflichtend formuliert es Papst Franziskus: «Obwohl die gerechte Ordnung der Gesellschaft und des Staates zentraler Auftrag der Politik ist, kann und darf die Kirche im Ringen um Gerechtigkeit nicht abseits bleiben. Alle Christen, auch die Hirten, sind berufen, sich um den Aufbau einer besseren Welt zu kümmern.» (Apostolisches Schreiben «Evangelii Gaudium», 2013, Nr. 183)
11. Für dieses Wächteramt haben sich die Kirchen mit dem konziliaren Prozess «Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung» einen wichtigen Bezugsrahmen gegeben (VI. Vollversammlung des ÖRK, Vancouver, 1983). Dazu heisst es in der Erklärung der Europäischen Ökumenischen Versammlung *Frieden in Gerechtigkeit*, Basel, 1989, Nr. 79: «Wir halten es für wesentlich, dass die lebenswichtigen Anliegen von Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung nicht vom Auftrag der Kirche zur Verkündigung des Evangeliums getrennt werden.»
12. Wenn alle rechtlich gewährten Wächteramtshandlungen ausgeschöpft sind, können die Kirchen in die Lage kommen, nicht nur «die Verantwortlichmachung des Staates» und den «Dienst an den Opfern des staatlichen Handelns» zu pflegen, sondern im Extremfall dem Rad des Staates «in die Speichen zu fallen» (D. Bonhoeffer, *Die Kirche vor der Judenfrage*, DBW 12, S. 353). Das heisst etwa: dem Staat gegenüber zivilen Ungehorsam ausüben, gewaltlose illegale Handlungen vollziehen (z.B. Kirchenasyl), im Sinne kritischer Loyalität, die den Staat bei seinen rechtlich-ethischen Verpflichtungen behaftet.
13. Unten links liegt oft all das, was einem unangenehm ist, was man lieber verdrängen möchte, weil es stets Schatten wirft auf unsere schönen Einrichtungen, wo alles schön und gut läuft, nach oben rechts tendierend. Deshalb bedarf es einer Kirche von unten links, als eines nötigen Störenfrieds, der stets die «gefährliche Erinnerung» an die Jesusbewegung wach werden lässt, aus der unsere Kirchen mehr oder weniger glücklich hervorgegangen sind. Dieser Störenfried vollzieht einen wichtigen Kirchendienst, denn wenn das Salz der Erde fade wird, womit soll man dann salzen?
14. Es ist höchste Zeit, dass die Kirchen wieder ihre Stimme erheben.

15. Die Kirchen wissen, dass es in der Politik nicht darum geht, das Reich Gottes zu verwirklichen. Sie beten «Dein Reich komme» und setzen sich für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung ein. Sie üben sich dabei in Humor, als Weisheit, beides angemessen in Beziehung zu setzen und zugleich voneinander zu unterscheiden, und das eine zu tun und das andere nicht zu lassen ...

Pierre Bühler, Neuchâtel/Zürich
pierre.buehler@theol.uzh.ch

Les Églises se taisent-elles ou font-elles entendre leur voix ?

Un manifeste – à discuter²

L'engagement intense des Églises en faveur de l'initiative pour des multinationales responsables durant l'automne 2020 a suscité de nombreuses réactions, parfois très vives, dans la société et les Églises, allant jusqu'à un recours juridique concernant la votation. Cela a déstabilisé les Églises, si bien qu'elles n'osent souvent plus s'exprimer sur des questions socio-politiques, surtout lorsqu'elles sont brûlantes. Ce « réflexe de peur » est encore favorisé par le fait que ces derniers temps, les Églises sont surtout préoccupées d'elles-mêmes, de leurs structures et de leurs finances, et craignent pour leurs membres de moins en moins nombreux lorsqu'il s'agit de sujets délicats. Afin de lutter contre ce silence dangereux et d'encourager les Églises à s'exprimer plus librement, ce manifeste soumet à la discussion quelques perspectives fondamentales sur le thème « Église et politique ».

1. Le terme grec *polis* désigne la *cit*é, et de là, l'*État*. Dans ce sens, la *politique* est l'aménagement de la vie commune dans l'espace public. Comme les Églises font partie de la société civile (en Suisse, elles sont le plus souvent reconnues comme des collectivités de droit public), *elles ne peuvent pas du tout ne pas être politiques*. Elles le sont également lorsqu'elles affirment que l'Église n'a rien à voir avec la politique ou lorsqu'elles prétendent se concentrer sur leur soi-disant mission principale. Comme l'a montré la théorie de la communication, ne rien dire n'est pas une prétendue neutralité, mais également une communication (« Nous sommes satisfaits de la situation actuelle » ; « Nous préférons laisser les autres s'en occuper » ; « Nous sommes maintenant occupés par des choses plus importantes » ; etc.)

Le fait que les Églises ne peuvent pas du tout ne pas être politiques est lié au fait que leur mission principale, la proclamation et le témoignage de l'Évangile sous diverses formes (célébration, prédication, enseignement, dialogue pastoral, diaconie, etc.) a toujours un impact sur la société.

2. Il faut bien sûr souligner d'emblée qu'il ne s'agit pas d'occuper religieusement le domaine politique ; dans les États de droit démocratiques modernes, la responsabilité politique s'exerce dans un espace laïc qui doit aussi rester laïc. Les Églises ont une voix à y faire entendre, une voix parmi d'autres, mais aussi une voix avec d'autres, lorsque des alliances s'avèrent possibles (ainsi, les ONG ecclésiastiquement enracinées se sont associées à d'autres ONG lors du lancement de l'initiative pour des multinationales responsables).

3. Les chrétiennes et les chrétiens sont les premiers à porter, en toute liberté de conscience, la responsabilité d'assumer leurs tâches politiques en tant que citoyennes et citoyens à partir des motivations de leur foi. Les Églises ne peuvent pas les décharger de cette responsabilité citoyenne, mais elles peuvent sans cesse la leur rappeler à l'esprit. Elles les soutiennent dans l'exercice de cette responsabilité en leur offrant des lieux d'échange où les implications socio-politiques de l'Évangile peuvent être discutées. Les Églises veillent à ce que leurs membres, dans leurs diverses manières d'assumer leur responsabilité politique, puissent dialoguer entre eux de la manière la plus fructueuse possible, sans craindre les confrontations, car une saine culture du conflit fait partie de la démocratie. Cela n'implique aucun jugement sur les bons et les moins bons chrétiens et chrétiennes ; les mauvais chrétiens et chrétiennes sont tout au plus ceux et celles qui négligent leurs tâches politiques et s'abstiennent d'exprimer leur avis par indifférence.

² Traduction française de la version révisée d'un texte paru en allemand sous le titre « Gegen das Schweigen der Kirchen » dans la revue *Neue Wege*, 116^e année, N° 9.2022, p. 27-29. Je remercie cordialement Rose et Hansuli Gerber pour leur participation à la traduction.

4. Ce travail de formation (de l'opinion) politique ne doit pas se faire uniquement à l'interne : les membres devraient y rencontrer d'autres personnes, avec d'autres opinions, des membres d'autres Églises, mais aussi des personnes éloignées des Églises, des personnes sans confession. Les Églises veillent également à ce que leurs membres aient un rapport aussi critique que possible aux moyens de communication qui forment les opinions (presse, radio, télévision, internet).

5. Dans ce sens, les Églises ne sont pas des partis politiques et n'émettent pas de slogans que leurs membres devraient suivre. Elles n'interviennent donc pas non plus dans la gestion quotidienne des affaires politiques des partis.

6. Il y a cependant des décisions politiques qui ne sont pas simplement de nature partisane, mais qui ont une pertinence plus profonde en ce qui concerne les valeurs et les normes fondamentales touchant à la conception même de la coexistence humaine (c'était le cas lors de la votation sur l'initiative pour des multinationales responsables). Sur de telles questions fondamentales, les Églises sont *substantiellement concernées* et doivent donc faire entendre leur voix. Il est alors de leur responsabilité de réfléchir précisément où, quand, comment, dans quelle mesure, avec quelle intensité et avec quels moyens (par exemple avec des drapeaux sur les clochers !) elles veulent le faire. Elles ne devraient pas se laisser mettre sous pression par des arguments financiers ; il leur est permis d'utiliser de manière responsable l'argent qui leur est confié.

7. La règle suivante peut servir de critère : lorsque la coexistence socio-politique en tant que telle est menacée, les Églises ne doivent pas s'en tenir à leur travail de formation, mais prendre position en tant qu'institutions, désigner les problèmes par leur nom et exprimer leur conviction théologico-politique. C'est donc précisément lorsque la situation devient délicate qu'elles sont particulièrement sollicitées. Il convient alors de déterminer clairement qui parle ici en tant que « l'Église » ; il ne faut pas se contenter d'une revendication généralisante, mais désigner au cas par cas une instance concrète dans une situation concrète (« nous, la conférence des évêques... », « nous, le conseil de l'Église de... », « nous, la paroisse de... », « nous, le groupe œcuménique pour... », etc.)

8. Pour concrétiser ce critère, on peut mentionner ici quelques exemples.

a) Des prises de position des Églises sont requises lorsque les principes démocratiques sont bafoués parce que d'autres intérêts, par exemple économiques, dominent les processus socio-politiques et laissent trop de liberté de manœuvre aux rapports de force. Tout le monde est d'accord pour dire que le droit et l'éthique, l'obligation d'agir de manière juste, sont sans cesse négligés ; et pourtant les Églises se taisent.

b) Des prises de position des Églises sont requises lorsque la vérité est traitée de manière malhonnête et que les politiciennes et politiciens mentent sciemment à la population, lui font miroiter de fausses promesses ; et pourtant les Églises se taisent.

c) Des prises de position des Églises sont requises lorsque des décisions politiques violent les droits humains fondamentaux. Ce qui est décidé démocratiquement n'en est pas pour autant conforme aux droits humains. En matière de droit d'asile, la Suisse s'accommode depuis des années de violations des droits humains ; et pourtant les Églises se taisent.

Tout le monde est d'accord pour dire que de graves violations des droits humains ont lieu aux frontières extérieures de l'Europe, mais le financement suisse de Frontex est « adopté » sans conditions à une majorité des trois quarts ; et pourtant les Églises se taisent.

Les droits humains ne sont pas négociables, et les Églises devraient inconditionnellement s'en porter garantes.

d) Des prises de position des Églises sont requises lorsque des décisions politiques ignorent ou acceptent sciemment la destruction de l'environnement au lieu de la combattre activement.

De jeunes militants écologistes sont sanctionnés juridiquement pour leurs actions inoffensives, tandis que les banques et les compagnies d'assurance peuvent poursuivre leur financement de matières premières polluantes en toute impunité ; et pourtant les Églises se taisent.

e) Des prises de position des Églises sont requises lorsque le fossé socio-politique et économique entre l'hémisphère nord et l'hémisphère sud est ignoré, toléré ou même aggravé, par exemple en continuant à ne pas exiger des multinationales qu'elles assument une responsabilité juridiquement contraignante ; et pourtant les Églises se taisent.

f) Des prises de position des Églises sont requises lorsque des personnes faibles, petites, sans droits et sans voix sont exclues. En prenant parti pour les plus faibles, en défendant leur dignité et en s'engageant pour eux, les Églises agissent indépendamment de toute politique partisane. En revanche, elles agissent conformément à la Constitution, conscientes que « la force du peuple se mesure au bien-être des faibles » (préambule, version allemande). La version française est encore plus claire : « que la force de la communauté se mesure au bien-être du plus faible de ses membres ».

9. Dans de tels cas, les Églises doivent exercer un *ministère prophétique de veilleur* – non pas en position de surplomb, mais dans un dialogue critique avec les autorités étatiques –, en défendant « la dignité de l'être humain, le respect de la vie et la préservation de la création en orientant tous les domaines de la vie sur l'Évangile [...] » (*Ordonnance ecclésiastique de l'Église évangélique réformée du canton de Zurich*, 2009, art. 4,2). En complément : « L'Église cantonale assume également le ministère prophétique de veilleur dans son action diaconale et pastorale. Elle identifie les causes de l'injustice et de la souffrance. Elle participe à la recherche de solutions et se met au service de la médiation » (*op. cit.*, art. 65,4).

10. Le pape François formule un engagement équivalent : « Bien que l'ordre juste de la société et de l'État soit une mission centrale de la politique, l'Église ne peut et ne doit pas rester à l'écart du combat pour la justice. Tous les chrétiens, y compris les pasteurs, ont vocation de se soucier de la construction d'un monde meilleur » (Exhortation apostolique « *Evangelii Gaudium* », 2013, N° 183).

11. Pour ce ministère de veilleur, les Églises se sont donné un cadre de référence important grâce au processus conciliaire « Justice, paix et sauvegarde de la création » (6e Assemblée générale du COE, Vancouver, 1983). À ce sujet, la déclaration du Rassemblement œcuménique européen « Justice et paix », Bâle, 1989, N° 79, précise : « Nous considérons qu'il est essentiel que les préoccupations vitales de la justice, de la paix et de la sauvegarde de la création ne soient pas séparées de la mission de l'Église de proclamer l'Évangile. »

12. Lorsque tous les actes du ministère de veilleur garantis par le droit sont épuisés, les Églises peuvent se trouver dans la situation non seulement d'« appeler l'État à la responsabilité » et de « se mettre au service des victimes de l'action de l'État », mais aussi, dans des cas extrêmes, de « mettre des bâtons dans les roues » de l'État (D. Bonhoeffer, *Die Kirche vor der Judenfrage*, DBW 12, p. 353). Cela signifie par exemple : pratiquer la désobéissance civile à l'égard de l'État, accomplir des actes illégaux non violents (par exemple l'asile dans les Églises), dans le sens d'une loyauté critique qui rappelle à l'État ses obligations juridiques et éthiques.

13. C'est souvent au fond à gauche que se trouve tout ce qui nous est désagréable et que l'on préférerait refouler, car cela fait toujours de l'ombre à nos belles institutions, où tout se passe bien et tend à se situer en haut à droite. C'est pourquoi il faut une Église d'en bas à gauche, comme un fauteur de troubles indispensable, qui réveille constamment le « dangereux souvenir » du mouvement de Jésus, dont nos Églises sont issues avec plus ou moins de bonheur. Ce fauteur de troubles accomplit un service ecclésial important, car si le sel de la terre perd sa saveur, avec quoi salera-t-on ?

14. Il est grand temps que les Églises fassent à nouveau entendre leur voix.

15. Les Églises savent que la politique n'a pas pour but de réaliser le royaume de Dieu. Elles prient « Que ton règne vienne » et s'engagent pour la justice, la paix et la sauvegarde de la création. Ce faisant, elles s'exercent à l'humour, en tant que sagesse permettant de placer les deux choses dans une relation appropriée tout en les distinguant l'une de l'autre, et de pratiquer l'une sans pour autant négliger l'autre ...

Pierre Bühler, Neuchâtel/Zürich
pierre.buehler@theol.uzh.ch